Wildbader Tagblatt

Enztalbote — Wildbader Zeitung

Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags. Bezugspreis monatlich 1.20 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr monatlich 1.06 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtssparkasse Neuenbürg Zweigstelle Wildbad. — Bankkonto: Enztalbank Häberle & Co., Wildbad; Pforzheimer Gewerbebank Filiale Wildbad. — Postscheckkonto 291 74 Stuttgart.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum im Bezirk Grundpreis 15 Pf., außerhalb 20 Pf. — Reklamezeile 50 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Offerten und bei Auskunfterteilung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluß der Anzeigennahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Konkursfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachlaßgewährung weg.

Druck, Verlag u. verantw. Schriftleitung: Theodor Gack, Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 86, Tel. 479. — Wohnung: Villa Hubertus

Nummer 50 | Fernruf 479 | Mittwoch den 1. März 1933 | Fernruf 479 | 68. Jahrgang.

Der Brand im Reichstagsgebäude

Der größte Teil des Hauses niedergebrannt

Während wir in der gestrigen Ausgabe unsere Leser vom Brand des Reichstaggebäudes unterrichteten, können wir heute nähere Einzelheiten darüber mitteilen.

Um 10¼ Uhr war der große Sitzungssaal mit der Bestuhlung und der Täfelung der Präsidententribüne und den Zuschauertribünen vollständig **ausgebrannt**, von den Wandelhallen standen nur noch die Umfassungsmauern, die große Kuppel drohte jeden Augenblick einzustürzen. Beim Eintreffen der Feuerwehr war der große Sitzungssaal ein undurchdringliches Meer von Flammen und Rauch. Trotz der starken Glut hat aber die **Kuppelkonstruktion den Flammen standgehalten**, allerdings ist das Eisenwerk, das, wie die Kuppel, Glasscheiben trug, **ganz zerstört** und hängt in den ausgebrannten Saal herab.

Nach der Ablöschung haben sofort einige Chemiker die einzelnen Brandherde einer **genauen Untersuchung** unterzogen. Soweit sich bisher feststellen läßt, haben sogenannte **Kohlenanzünder und Ballen Papier** Verwendung gefunden. Die Sachverständigen hatten den Eindruck, daß **das verwendete Material genau dem gleicht, was bei dem Brand am Sonntag im Schloß entdeckt wurde.** Daß Benzol, Petroleum oder Spiritus benutzt worden ist, glaubt man nicht, da diese Mittel unbedingt Gerüche hinterlassen. Vielmehr neigt man zu der Annahme, daß die Brandnester, die man auch an Regalen und Klubsesseln fand, **mit Benzin übergossen** worden sind.

Nach den Feststellungen der Feuerwehr und der Polizei **ist es ganz ausgeschlossen, daß der Brand von einem einzigen Mann gelegt worden ist.** Man muß damit rechnen, daß **etwa 20 bis 30 Brandherde** vorhanden sind. Die Täter müssen ausreichend Zeit gehabt haben, ihre Brandstiftung vorzubereiten. Es kam ihnen der Umstand zustatten, daß sich abends kaum noch Personen im Reichstagsgebäude befanden, denn nur noch in wenigen Fraktionsgeschäftszimmern wurde gearbeitet, während die Beamtenschaft des Reichstags mit Ausnahme der Wächter bereits nach Hause gegangen war.

*

Die Untersuchung hat ergeben, daß die für die Brandlegung erforderlichen Mengen von Benzin oder Erdöl nicht auf einmal vom Täter unbeachtet in das Reichstagsgebäude geschafft sein können. Die Flüssigkeiten müssen irgendwo aufbewahrt worden sein, und man vermutet einen engen Zusammenhang zwischen dem Täter und Personen, die dauernden Zutritt zu den Zimmern der kommunistischen Fraktion haben. Von Wichtigkeit ist daher die Meldung, daß der kommunistische Abgeordnete **Torgler kurz vor Ausbruch des Brandes in großer Eile das Reichstagsgebäude verließ.** Noch am späten Abend wurde eine Reihe kommunistischer Führer wegen Verdunkelungsgefahr festgenommen.

Bis Dienstag mittag sind 130 Personen in Schutzhaft genommen worden.

Der Oberreichsanwalt in Berlin

Oberreichsanwalt Werner ist in Berlin eingetroffen, um persönlich die Ermittlungen zu leiten.

Die Persönlichkeit des Brandstifters

Der holländische Kommunist, der den Reichstag in Brand gesteckt hat, heißt, wie CNB. berichtet, van der Lübbe und stammt aus Leyden. Er ist 24 Jahre alt, mittelgroß. Er hat ein von Fanatismus verzerrtes Gesicht, schwarze, zerzauste Haare Um 11 Uhr wurde er ins Polizeipräsidium gebracht. Er hat ein **volles Geständnis** abgelegt und gibt als Beweggrund seiner Tat **„Rache am internationalen Kapitalismus"** an. **Er hat ferner gestanden, auch den Brand im Schloß angelegt zu haben. Er weigert sich, über seine Auftraggeber und seine Mittäter sich zu äußern.**

Nach der Auskunft der Amsterdamer Polizei ist der Täter van der Lübbe in Leyden am 13. Januar 1909 geboren und Maurer von Beruf. Im April 1931 habe er in Leyden einen Paß nach Rußland angefordert. Seitdem habe man in Holland nichts mehr von ihm gehört. Er sei in Leyden als Kommunist bekannt gewesen.

Die Ruinen

Berlin, 28. Febr. Vor Mitternacht wurde einer Reihe von Pressevertretern gestattet, unter Führung das Reichstagsgebäude zu betreten. **Im Vorraum** ist die Reihe der metallenen Ritterstandbilder an den Wänden wie die breite Freitreppe im Innern unversehrt. Aus der Wandelhalle dringt beizender Qualm. Der rote Teppich ist unversehrt, die Wandelhalle ist hell erleuchtet, die Beleuchtung arbeitet hier also noch. In der Mitte des Rundteils der Wandelhalle steht das Denkmal Kaiser Wilhelms des Ersten. Auch die Fahne ist verschont, obgleich das Feuer bis wenige Meter von hier gewütet hat. Im Restaurant sind mehrere Quadratmeter der schönen Wandtäfelung verbrannt. Das Restaurant ist im übrigen erhalten geblieben. Rings um den großen Sitzungssaal befindet sich ein ödes Trümmerfeld. Im Sitzungssaal selbst ist nichts zu erkennen als Zerstörung. Der riesige Raum ist ein einziges brodelndes Meer von Rauch und Dampf. Der Teil, der einst erhöht war, und wo die Plätze des Präsidenten und der Schriftführer, die Bänke der Reichsregierung und des Reichsrats waren, ist ganz abgebrannt und verschwunden. In der schönen Vorhalle, an die sich die Zimmer des Reichskanzlers, des Reichstagspräsidenten und des Außenministers anschließen, bekommt man ein Bild von der raffinierten Technik der Brandstiftung. Der Verbrecher hat das Feuer an eine Tür gelegt und mit dem Brennstoff auf Teppich eine Bahn nach der nächsten Türe gegossen, damit auch sie erfaßt wurde. Er wollte auf diese Weise offenbar Durchzug schaffen, um das Feuer weiterzutragen. Erhalten sind die Räume, die nach außen liegen. Zerstört ist der Mittelteil, also vom Sitzungssaal unten bis zur gläsernen Kuppel, die während des Brands glühend rot weit in den Tiergarten hinein leuchtete.

Die Bewachung des Reichstags

Ueber die **Bewachung des Reichstags** hat der Direktor beim Reichstag, Geheimrat Galle, folgende Auskunft gegeben.

Um 10 Uhr abends wird der Reichstag von zwei Nachtwächtern bewacht. Der erste von ihnen tritt seinen Dienst um 8 Uhr an. Zwischen 8 und 10 Uhr ist also **nur ein Wächter** im Haus, weil zu dieser Zeit gewöhnlich noch derselbe rege Betrieb herrscht wie am Tag; die Sitzungen schließen ja meist erst später. Von 10 Uhr ab ist **dauernd ein Wächter auf dem Rundgang durch das ganze Gebäude.** Alle Räume werden genau kontrolliert. Kehrt der Wächter zurück, so übernimmt er die Wache unten, und sein Kollege löst ihn auf dem Rundgang ab. Der Brand ist **vor 10 Uhr abends** angelegt worden. Es ist leicht, unter dem Vorwand, einen Abgeordneten zu sprechen, oder als Lieferant oder derzleichen zum Botenmeister geführt zu werden, in das Haus einzudringen und sich verborgen zu halten. Er kann gar nicht wieder zurückbegleitet werden, so daß das **Verlassen** des Hauses nicht kontrolliert wäre; dafür reicht bei den vielen Besuchern im Reichstag das Personal gar nicht aus. Die Tatsache, daß der Brandstifter nur gebrochen deutsch spricht, weist darauf hin, daß er **Mittäter** gehabt hat, die ihm beim Eindringen in das Haus **behilflich** waren.

Maßnahmen der Regierung

Schutzhaft für die gesamte kommunistische Reichstagsfraktion
Verbot der gesamten marxistischen Presse

Berlin, 28. Febr. Der amtliche preußische Pressedienst meldet: **Am Montag abend brannte der Deutsche Reichstag. Der Reichskommissar für das preußische Ministerium des Innern, Reichsminister Göring, verfügte sofort nach seinem Eintreffen an der Brandstelle sämtliche Maßnahmen und übernahm die Leitung aller Aktionen. Auf die ersten Meldungen von dem Brand trafen auch Reichskanzler Adolf Hitler und Vizekanzler v. Papen ein.**

Es liegt zweifelsfrei die schwerste bisher in Deutschland erlebte Brandstiftung vor. Die polizeiliche Untersuchung hat ergeben, daß im gesamten Reichstagsgebäude vom Erdgeschoß bis zur Kuppel Brandherde angelegt waren. Sie bestanden aus Teerpräparaten und Brandfackeln, die man in Ledersessel, unter Reichstagsdrucksachen, an Türen, Vorhänge, Holzverkleidungen und andere leicht brennbare Stellen gelegt hatte. Ein Polizeibeamter hat in dem dunklen Gebäude Personen mit brennenden Fackeln beobachtet. Er hat sofort geschossen. Es ist gelungen, einen der Täter zu fassen. Es handelt sich um den 24 Jahre alten Maurer van der Lübbe aus Leyden in Holland, der einen ordnungsmäßigen holländischen Paß bei sich hatte und sich als Mitglied der holländischen kommunistischen Partei bekannte.

Der Mittelbau des Reichstags ist völlig ausgebrannt. Der Sitzungssaal mit sämtlichen Tribünen und Umgängen ist vernichtet. Der Schaden geht in die Millionen.

Diese Brandstiftung ist der bisher ungeheuerlichste Terrorakt des Bolschewismus in Deutschland. Unter den hunderten von Zentnern Zersetzungsmaterial, das die Polizei bei der Durchsuchung des Karl Liebknecht-Hauses entdeckt hat, fanden sich die Anweisungen des kommunistischen Terrors nach bolschewistischem Muster. Hiernach sollen Regierungsgebäude, Schlösser, Museen und lebenswichtige Betriebe in Brand gesteckt werden. Es wird ferner die Anweisung gegeben, bei Unruhen und Zusammenstößen vor den Terrorgruppen Frauen und Kinder herzuschicken, nach Möglichkeit sogar solche von Beamten der Polizei. Durch die Auffindung dieses Materials ist die planmäßige Durchführung der bolschewistischen Revolution gestört worden. Trotzdem sollte der Brand des Reichstags das Fanal zum blutigen Aufruhr und zum Bürgerkrieg sein. Schon für Dienstag früh 4 Uhr waren in Berlin große Plünderungen angesetzt. Es steht fest, daß mit diesem heutigen Tag in ganz Deutschland die Terrorakte gegen einzelne Persönlichkeiten, gegen das Privateigentum, gegen Leib und Leben der friedlichen Bevölkerung beginnen und den allgemeinen Bürgerkrieg entfesseln sollten.

Der Kommissar des Reichs im preußischen Ministerium des Innern ist dieser ungeheuren Gefahr mit den schärfsten Maßnahmen entgegengetreten. Er wird die Staatsautorität unter allen Umständen und mit allen Mitteln aufrechterhalten. Es kann festgestellt werden, daß der erste Angriff der verbrecherischen Kräfte zunächst abgeschlagen worden ist. Zum Schutz der öffentlichen Sicherheit wurden noch am Montag sämtliche öffentlichen Gebäude und lebenswichtigen Betriebe unter Polizeischutz gestellt. Sonderwagen der Polizei durchstreifen ständig die hauptsächlich gefährdeten Stadtteile. Die gesamte Schutzpolizei und Kriminalpolizei in Preußen ist sofort auf höchste Alarmstufe gesetzt worden. Die Hilfspolizei ist einberufen.

Gegen zwei führende kommunistische Reichstagsabgeordnete ist wegen dringenden Tatverdachts Haftbefehl erlassen. Die übrigen Abgeordneten und Funktionäre der KPD. werden in Schutzhaft genommen. Die kommunistischen Zeitungen, Zeitschriften, Flugblätter und Plakate sind auf 4 Wochen für ganz Preußen verboten. Auf 14 Tage verboten sind sämtliche Zeitungen, Zeitschriften, Flugblätter und Plakate der Sozialdemokratischen Partei, da der Brandstifter aus dem Reichstag in seinem Geständnis die Verbindung mit der SPD. zugegeben hat. Durch dieses Geständnis ist die kom-

Tagesspiegel

Das Reichskabinett hat am Dienstag über Maßnahmen gegen die kommunistischen Umtriebe beraten.

Das Reichskabinett hat den Entwurf einer Verordnung verabschiedet, durch den die Strafen für Landesverrat wesentlich verschärft werden, gegebenenfalls bis zur Todesstrafe und lebenslänglichem Zuchthaus. Auch die Verbreitung landesverräterischer Nachrichten im Ausland, sowie ihre nachträgliche Verwertung im Inland als „Auslandsnachrichten" soll scharf erfaßt werden. Die Verordnung enthält auch erhebliche Strafen für die Aufforderung zu Gewalttaten und zum politischen Streik In dem Entwurf wird ferner der Begriff des Volksverrats strafrechtlich erfaßt.

Eine Verordnung des Reichskabinetts bietet die Möglichkeit, unzeitgemäß hohe Gehälter und Vergütungen (Tantiemen, Aufsichtsratsgelder usw.) in privaten Unternehmungen, die vom Reich irgendwie unterstützt werden, herabzusetzen. Die Verordnung wird am Mittwoch erscheinen.

Durch Verordnung der Reichsregierung wird die übergroße Spanne des Erzeugerpreises und des Verbrauchspreises für Milch verringert werden.

Ministerialrat im Reichswirtschaftsministerium, Geheimer Regierungsrat Dr. jur. Claussen ist zum Staatssekretär im preußischen Ministerium für Wirtschaft und Arbeit ernannt worden.

Der Reichsrat, der auf 2. März einberufen ist, kann nicht in seinen Räumen im Reichstag sich versammeln. Für die Tagung ist der frühere Bundesratssaal im Dienstgebäude des Auswärtigen Amts in der Wilhelmstraße zur Verfügung gestellt worden.

Der Polizeipräsident in Berlin hat bis auf weiteres die Polizeistunde allgemein auf 12 Uhr nachts festgesetzt.

Sämtliche kommunistische Verkehrslokale in Berlin sind geschlossen worden.

Die Beschwerde Gumbels gegen die Entziehung der Lehrberechtigung an der Universität Heidelberg ist vom badischen Unterrichtsministerium kostenpflichtig abgewiesen worden.

Das Reichsgericht hat das Verbot der „Münchener Neueste Nachrichten" für unzulässig erklärt.

Ein Vortrag, den der Zentrumsabgeordnete des preußischen Landtags Lingens über den holländischen Sender Huizen über die Frage des Wahlrechts der Reichsdeutschen im Ausland zu halten beabsichtigte, ist von der holländischen Regierung verboten worden.

Der „Petit Parisien" will erfahren haben, für die Zeit zwischen dem 20. und 25. März sei ein Besuch des Reichskanzlers Hitler bei Mussolini in Rom vorgesehen. Bekanntlich hat auch Reichskanzler Dr. Brüning seinerzeit einen Besuch bei Mussolini und beim Papst gemacht.

Von ungarischer amtlicher Stelle wird die Meldung des Echo de Paris über italienische Giftgaslieferungen mit allem Nachdruck als unwahr bezeichnet.

Die chilenische Regierung hat alle Führer der kommunistischen Partei wegen umstürzlerischer Umtriebe verhaften lassen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

munistisch-sozialdemokratische Einheitsfront offenbare Tatsache geworden. Sie verlangt von dem verantwortlichen Hüter der Sicherheit Preußens ein Durchgreifen, das durch seine Pflicht bestimmt wird, die Staatsautorität in diesem Augenblick der Gefahr aufrechtzuerhalten. Die Notwendigkeit der schon früher eingeleiteten besonderen Maßnahmen (Schießerlaß, Hilfspolizei usw.) ist durch die letzten Vorgänge in vollem Umfang bewiesen. Durch sie steht die Staatsautorität ausreichend gerüstet da, um jeden weiteren Anschlag auf den Frieden Deutschlands und damit Europas zu verhindern und das Feuer dieses Aufstands im Keim zu ersticken. Reichsminister Göring fordert in dieser ernsten Stunde von der deutschen Nation äußerste Disziplin. Er erwartet die restlose Unterstützung der Bevölkerung, für deren Schutz und Sicherheit er sich mit eigener Person verbürgt hat.

Vorgehen gegen die marxistische Presse

Berlin, 28. Febr. In der Nacht nahm die Polizei eine umfangreiche Handlung gegen die sozialdemokratische und kommunistische Presse vor. Die Gesamtauflage der kommunistischen Zeitung „Berlin am Morgen" ist beschlagnahmt worden, ebenso sämtliche Flugblätter und periodischen Druckschriften der Kommunisten und Sozialdemokraten. Nach Mitternacht wurde auch das „Vorwärts"-Gebäude in der Lindenstraße besetzt. Hier schaffte die Polizei zwei Lastkraftwagen mit Druckschriften, Wahlaufrufen und Flugblättern fort, um sie im Präsidium einer genauen Durchsicht zu unterziehen.

Die Verhafteten

Berlin, 28. Febr. Bei den festgenommenen 130 Personen wurde umfangreiches Druckschriften- und Flugschriftenmaterial beschlagnahmt, das von politischen Beamten einer eingehenden Sichtung unterzogen wird, die allerdings, da das Material sehr umfangreich ist, längere Zeit in Anspruch nehmen wird.

Unter den Verhafteten befinden sich sehr viele Mitglieder der RGO. (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition). U. a. sind festgenommen die Reichstagsabgeordneten Torgler, der sich selbst gestellt hat, und Remmele, der kommunistische Stadtrat Schminke, der Berliner Stadtarzt Dr. Hodann, die Rechtsanwälte Dr. Apfel, Litten und Barbasch, die Schriftsteller Mühsam und Renn, Professor Halle, Lehmann-Rußbüldt, eine führende Persönlichkeit der Liga für Menschenrechte, ferner Hans von Zwehl, Heinz, Rubinstein, von Ossietzki, Tribe, Wittkowski, Stöcker, Köhn, Boalsch, Lange, Wirsing, Stein, Bernstein, Kisch, Lode, die Abgeordneten Schubring, Kasper, Scholem und der verantwortliche Redakteur der Roten Fahne, Schneller; ferner Reschke, Willwock, Sawatzki und der Reichstagsabgeordnete Ausländer. Ausländer ist Führer der kommunistischen Lehrerorganisation.

Kabinettsberatung

Ausnahmezustand

Berlin, 28. Febr. Um 11 Uhr vormittags trat das Reichskabinett zu einer Beratung über Maßnahmen gegen die kommunistischen Anschläge zusammen. Nach kurzer Pause fand eine weitere Sitzung um 4 Uhr statt. Es wurde mitgeteilt, daß die **Verhängung des militärischen Ausnahmezustands nicht beabsichtigt** sei; die Reichswehr solle vorläufig nicht in das im Gang befindliche Vorgehen einbezogen werden. **Die geplanten, sehr weitgehenden Maßnahmen seien aber gleichbedeutend mit dem Ausnahmezustand. Sie richten sich lediglich gegen die kommunistische Gefahr.**

Das Reichskabinett nahm nach amtlicher Mitteilung den ausführlichen Bericht des preußischen Innenministers Göring entgegen. Das Kabinett wird noch heute **dem Reichspräsidenten eine scharfe Notverordnung zum Schutz des Volks vor der kommunistischen Gefahr vorschlagen**, die **weitgehende Eingriffe in die persönliche Freiheit** zuläßt.

Es ist einwandfrei erwiesen, daß **kommunistische Führer mit den Brandstiftungen in unmittelbarem Zusammenhang** stehen, ferner, daß die Kommunisten **Terrorakte vorbereitet** haben, gegen die ein sofortiges Einschreiten mit den allerschärfsten Mitteln sich als notwendig erweist. Es ist festgestellt worden, daß die Arbeit der Provokateure weitergeht und daß sie zum Teil auch in der **Uniform von Polizei, Stahlhelm und SA.** auftreten. Der festgenommene Brandstifter hat ausgesagt, daß er auch **mit sozialdemokratischen Führern** in Verbindung gestanden habe.

Amtlich wird in diesem Zusammenhang mitgeteilt, daß **die Wahlen auf jeden Fall stattfinden** werden. Was die **Wiederherstellung des Reichstags** anbelangt, so wird **es etwa ein Jahr** dauern, bis die Räumlichkeiten wieder benutzt werden können. Die Erwägungen darüber, wo inzwischen getagt werden kann, sind im Gang. Die vernichteten Werte werden auf mehrere Millionen Mark geschätzt. Aus diesen ganzen Zusammenhängen ergibt sich der **Ernst der Lage**, auf den von maßgebender Stelle mit allem Nachdruck hingewiesen wird.

*

Der Parteivorstand der SPD. erklärt, die Sozialdemokratische Partei habe mit den Leuten, die den Reichstag in Brand gesteckt haben, nichts zu tun.

Der Reichstag nicht versichert

Berlin, 28. Febr. Weder der Reichstag, noch der preußische Landtag sind irgendwie gegen Feuerschäden versichert. Abgesehen von der Zweifelsfrage, ob im Fall einer derartigen Brandstiftung überhaupt die Versicherungsgesellschaft voll haftbar gemacht werden könnte, scheint man in den zuständigen Stellen der Ansicht zu sein, daß die Versicherung derartiger Reichs- oder Staatsgebäude so hohe Prämienkosten verursachen müßte, daß eine ungerechtfertigte Belastung der öffentlichen Ausgaben entstehen würde. Die Prämiensätze, die für den Reichstag zu entrichten gewesen wären, hätten bei einer nach seiner Fertigstellung aufgenommenen Feuerversicherung heute schon fast das Doppelte der Gesamtbaukosten umfaßt. Auch gehören ja derartige Katastrophen in Parlamentsgebäuden zu den größten Seltenheiten. Der Reichsfiskus wird infolge dieser Verhältnisse den bei dem Brande entstandenen Schaden selbst tragen müssen, falls es ihm nicht irgendwie möglich ist, andere Stellen für den Schaden haftbar zu machen.

Vorsichtsmaßnahmen im Landtagsgebäude

Das **Gebäude des preußischen Landtags** ist polizeilich gesichert worden, insbesondere an seinen beiden Eingängen in der Prinz Albrecht- und in der Leipziger Straße. Im Landtagsgebäude ist überdies jetzt ständig ein ganz besonders scharfer Patrouillendienst der Hausbeamten im Gang. Im Landtagsgebäude befinden sich mehrere Dienstwohnungen, wie die des Landtagspräsidenten, des Direktors beim Landtag und mehrerer anderer Beamter. Sämtliche Keller und Bodenanlagen wurden genau kontrolliert und dann abgeschlossen.

Das Liebknecht-Material

Vergiftung von Brunnen

In dem riesigen Material, das in den unterirdischen Gängen des Karl-Liebknecht-Hauses entdeckt wurde, befinden sich, wie die fortlaufende Untersuchung ergibt, die überraschendsten und geradezu unglaubliche Dinge. So sind **gefälschte Befehle von Polizeioffizieren** gefunden worden, die sich z. B. auf den Einsatz von Schnellwagen und dergl. beziehen. Ebenso wurden **gefälschte Befehle von SA.- und SS.-Führern** entdeckt. In dem Material ist sogar die Rede von der **Anwendung von Gift, Giftbeimischung zu Speisen und in Brunnen** usw. Es ist festgestellt worden, daß der Abgeordnete Münzenberg der geistige Leiter dieser Terroraktion war. **Er ist nicht aufzufinden** und konnte deshalb noch nicht verhaftet werden.

Schließlich wird amtlich noch mitgeteilt, daß am Montag abend zwei Leute an den **„Vorwärts"** telephoniert haben, **der Reichstagsbrand sei von Reichsminister Göring angestiftet worden.** Sie haben bei der Vernehmung ausgesagt, **daß die Anweisung zur Verbreitung dieser Darstellung ihnen von dem sozialdemokratischen „Vorwärts" selbst gegeben** worden sei.

Die Geisellisten der KPD.

Berlin, 28. Febr. Wie die Deutsche Zeitung meldet, ist bei den Durchsuchungen des **Karl-Liebknecht-Hauses** eine **bedeutende Anzahl von Geisellisten** aufgefunden worden. Diese Listen sollen die **Namen bekannter Persönlichkeiten** enthalten, die bei kommunistischen Umsturzversuchen verhaftet und **erschossen** werden sollten. Ferner konnten wichtige Feststellungen über das **Herkommen der Geldmittel** der KPD. und über ihre **Beziehungen zum Ausland** an Hand von aufgefundenen Akten gemacht werden.

Aufruf der Reichsregierung

Vor den Wahlen wird noch ein **Aufruf der Reichsregierung** erscheinen, der eine Schlußabrechnung der letzten 14 Jahre enthält.

Polizeimaßnahmen in Mecklenburg

Schwerin, 28. Febr. Die mecklenburgische Staatsregierung hat beschlossen, in Mecklenburg Hilfspolizei einzusetzen, um mit aller Schärfe gegen die Kommunisten vorzugehen. Die Hilfspolizei wird nur aus den nationalen Verbänden entnommen werden. Die Einzelmaßnahmen werden in die Hand der Ordnungspolizei gelegt.

Maßnahmen in Oldenburg

Oldenburg, 28. Febr. Die oldenburgische Regierung wird die von Preußen gegen die KPD. und die SPD. getroffenen Maßnahmen ebenfalls durchführen, also Verbot sämtlichen Druckmaterials einschließlich periodischer Zeitschriften und Zeitungen der KPD. und die Beschlagnahme (nicht Verbot) sozialdemokratischer Zeitungen.

Ueber ein Verbot für sozialdemokratische Zeitungen ist noch keine Entscheidung gefallen.

Versammlungsverbot

Königsberg, 28. Febr. Der Polizeipräsident hat die von der Kommunistischen Partei und den Antifaszisten für den 1. und 7. März vorgesehenen Versammlungen verboten und sämtliche kommunistischen Flugblätter und das „Echo des Ostens" beschlagnahmt. Der Oberpräsident hat das weitere Erscheinen des Echos des Osten verboten. Das Lenin-Haus wurde besetzt und die Druckmaschinen der graphischen Werkstätte, die sich im Lenin-Haus befindet, stillgelegt. Es sind ferner bei einer größeren Anzahl von Funktionären der KPD. überraschend Durchsuchungen erfolgt.

Schleswig, 28. Febr. In Flensburg wurde eine kommunistische Agitationszentrale aufgedeckt, die die Zersetzungsarbeit in Polizei und Reichswehr zur Aufgabe hatte. Sechs Personen wurden verhaftet.

Duisburg-Meiderich, 28. Febr. Ein kommunistischer Funktionär wurde in der vergangenen Nacht erschossen. Die Täter sind unerkannt entkommen.

In Hannover wurden 140 kommunistische Funktionäre in Schutzhaft genommen und eine große Menge Schriftmaterial beschlagnahmt.

Alarmzustand in Sachsen

Dresden, 28. Febr. Für die gesamte staatliche Polizei Sachsens ist der Alarmzustand angeordnet worden. Das Ministerium des Innern hat eine Verordnung erlassen, wonach auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz des deutschen Volks vom 4. Februar 1933 das Sammeln von Geld- oder Sachspenden für die kommunistische Partei, sowie ihre Hilfs- oder Nebenorganisationen im Freistaat Sachsen verboten werden.

Verordnung zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933

Berlin, 28. Febr. Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte folgendes verordnet:

§ 1. Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung, einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnisses, Anordnung von Haussuchungen und Beschlagnahmen, sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.

§ 2. Werden in einem Land die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen nicht getroffen, so kann die Reichsregierung insoweit die Befugnisse der obersten Landesbehörde vorübergehend wahrnehmen.

§ 3. Die Behörden der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) haben den auf Grund des § 2 erlassenen Anordnungen der Reichsregierung im Rahmen ihrer Zuständigkeit Folge zu leisten.

§ 4. Wer von den obersten Landesbehörden oder den von ihnen nachgeordneten Behörden zur Durchführung dieser Verordnung erlassenen Anordnungen oder den von der Reichsregierung gemäß § 2 erlassenen Anordnungen zuwiderhandelt, oder wer zur Zuwiderhandlung auffordert oder anreizt, wird, soweit nicht die Tat nach anderen Vorschriften mit einer anderen, schwereren Strafe bedroht ist, mit Gefängnis nicht unter einem Monat oder mit Geldstrafe von 150 bis zu 15 000 Reichsmark bestraft.

Wer durch Zuwiderhandlung nach Absatz 1 eine gemeine Gefahr für Menschenleben herbeiführt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter 6 Monaten, und wenn die Zuwiderhandlung den Tod eines Menschen verursacht, mit dem Tod, bei mildernden Umständen mit Zuchthaus nicht unter 2 Jahren bestraft. Daneben kann auch auf Vermögenseinziehung erkannt werden.

Wer zu einer gemeingefährlichen Zuwiderhandlung (Absatz 2) auffordert oder anreizt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

§ 5. Mit dem Tod sind die Verbrechen zu bestrafen, die das Strafgesetzbuch in den §§ 81 (Hochverrat), 229 (Giftbeibringung), 307 (Brandstiftung), 311 (Explosion), 312 (Ueberschwemmung), 315 Abs. 2 (Beschädigung von Eisenbahnanlagen), 324 (gemeingefährliche Vergiftung) mit lebenslänglichem Zuchthaus bedroht.

Jugend unterm Hammer

Zeitroman von **Helmut Messerschmidt**

Urheber-Rechtsschutz für die deutsche Ausgabe:
Drei Quellen-Verlag, Königsbrück (Sa.)

50 Fortsetzung Nachdruck verboten.

„Was wird denn jetzt geschehen?" fragte ihn Bredenkamp.

„Ich weiß es nicht. Ich bin nach Elberfeld geschickt worden, um Anweisungen zu holen. Aber . . . es liegen noch keine vor. Ich habe bloß ein paar Pakete mitbekommen zum Hinüberschaffen. Wann kommst du übrigens zurück?"

„Mittwochabend fahr' ich hier ab. Donnerstag fängt der Schulbetrieb wieder an."

„Sag' mal, ich hab' ein bißchen viel zu schleppen. Das behindert mächtig, wenn man durch die Gegend schleicht. Du könntest mir eigentlich ein Paket abnehmen."

„Gern, was ist denn drin?"

Schnell war ein wenig befangen: „Och, weiter nichts, bloß . . . Propagandamaterial. Weißt du . . . Flugblätter und sowas."

„Natürlich. Gib nur eins her."

„Ich hab' noch was für dich." Schnell zog einen Brief aus der Brusttasche: „Herrn Ewald Möllmann . . . bitte schön. Absender: Fräulein Johanna Schulte . . ."

„Danke, danke", unterbrach ihn Bredenkamp. Er wurde feuerrot, als er das Schreiben an sich nahm.

„Und noch was: Ich habe einen unter den Fingern gehabt, der hat gewimmert wie ein kleines Mädchen. Den kennst du auch: Brinkmann heißt er."

„Wirklich? Und hat er tatsächlich uns verraten?"

„Er hat ‚Nein' gewinselt, aber den Ludger Worringen hat er zugegeben, weil außer ihm kein Mensch wissen konnte, daß Worringen den Mantel überbracht hat. Uebrigens Worringen sitzt noch immer. Verhandlung ist keine in Aussicht."

„Wie hast du denn Brinkmann fassen können?"

„Nach alter, gutbewährter Methode. Ich bin direkt in die Wohnung gegangen, hab' mich als französischer Geheimagent ausgewiesen — o ja, ich hab' allerhand Papiere —, und da ist er mit größter Bereitwilligkeit mitgestiefelt. Das war für mich schon ein Beweis dafür, daß ihm solcher Verkehr nicht fremd war. Und als ich ihn weit genug von der Stadt weg hatte, da hab' ich ihn dermaßen durchgehauen, daß er noch lange daran denken wird. Und er hat mir schwören müssen, sich in der Stadt nicht mehr blicken zu lassen, solange die Franzosen da sind."

„Es ist sehr bedauerlich, daß solche Maßnahmen nötig sind!"

„Ja, und ich hab' ihm klargemacht, daß er seine Prügel bloß als wohlgemeinte Warnung aufzufassen hat, daß wir keine Schufte im Ruhrgebiet dulden und daß er . . . blaue Bohnen riskiert, wenn er sich nicht aus dem Staube macht!"

„Schnell!"

„Wir müssen rücksichtslos sein, Heinrich, mit uns verfährt man auch nicht viel anders. Und mir kann es auch passieren, daß er die Franzosen auf mich hetzt, wenn er mich in der Stadt sieht. Darum muß er raus. Er hat sich übrigens schon beim Einwohneramt abgemeldet, wie mir Willi Barnscheid sagen ließ."

„Gott sei Dank!"

„Ich hab' noch mehr: Unsere Belegung hat gestern abend nach dem Mord in Essen unsere Stadt verlassen. Wahrscheinlich werden die Truppen in Essen zusammengezogen. Es ist möglich, daß die neue Besatzung, die wir kriegen, eure Wohnung nicht mehr kontrolliert und ihr wieder einziehen könnt."

„Das muß ich sofort Mutter sagen. Die wird sich aber freuen!"

„Sicher ist das nicht, aber es ist möglich. Willi Barnscheid wird jeden Tag nachsehen, ob sie dagewesen sind. Uebrigens Strötgen und Barnscheid lassen herzlich grüßen. Ich werde Theo Strötgen sagen, daß er dich Donnerstag früh da abholt, wo er dich vorige Woche abgesetzt hat. Jetzt muß ich aber fort, ich hab' noch allerlei vor."

„Ich danke dir recht herzlich für alles, Schnell!"

„Paß nur recht gut auf das Paket auf. Es liegt mir viel daran, daß wir mit dem Inhalt . . . mit den Plakaten Eindruck machen können bei den Franzosen."

„Keine Sorge, ich bring' es schon heil hinüber. Und nochmals vielen Dank!"

„Gruß an Frau Mutter! Auf Wiedersehen!"

„Hals- und Beinbruch!" . . .

Nun zuerst den Brief.

Hannas regelmäßige, klare Schrift, Hannas liebe Worte und Hannas etwas ungelenke Zärtlichkeit. Das ganze ein köstlicher Gruß, eine erfreuende, erfrischende Gabe.

Und ein Tropfen Schmerz. Denn Hanna schrieb unter anderem, daß der Großvater schwer erkrankt sei und vielleicht nicht mehr aufstehen werde.

*

Auch die Rückkehr glückte.

Strötgen fuhr Bredenkamp zuerst zu Schulte-Dieckhovens. Dort setzte Heinrich sein Gepäck ab, kleidete sich um, machte sich frisch, begrüßte sodann den Bauer und Hanna herzlich und frühstückte mit Hanna und Strötgen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Mit dem Tod, oder soweit nicht bisher eine schwerere Strafe angedroht ist, mit lebenslangem Zuchthaus oder mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren wird bestraft:

1. Wer es unternimmt, den Reichspräsidenten oder ein Mitglied oder einen Kommissar der Reichsregierung oder einer Landesregierung zu töten, oder wer zu einer solchen Tötung auffordert, sich erbietet, ein solches Erbieten annimmt, oder eine solche Tötung mit einem anderen verabredet;

2. Wer in den Fällen des § 115 Absatz 2 des Strafgesetzbuches (Schwerer Aufruhr) oder des § 125 Absatz 2 des Strafgesetzbuches (Schwerer Landfriedensbruch) die Tat mit Waffen oder in bewußtem und gewolltem Zusammenwirken mit einem Bewaffneten begeht;

3. Wer eine Freiheitsberau..ung (§ 239 des Strafgesetzbuches) in der Absicht begeht, sich des der Freiheit Beraubten als Geisel im politischen Kampf zu bedienen.

§ 6. Diese Verordnung tritt mit dem Tag der Verkündung in Kraft.

Neue Nachrichten

Beurlaubt

Berlin, 28. Febr. Der Reichskunstwart Dr. Erwin Redslob ist vom Reichsinnenministerium mit sofortiger Wirkung beurlaubt worden; den Angestellten seines Büros wurde gleichzeitig die Kündigung ausgesprochen. Damit ist das Amt eines Reichskunstwarts, wenigstens vorläufig, abgeschafft. — Die Tätigkeit Redslobs, soweit man von einer solchen sprechen kann, war von Anfang an von Künstlerkreisen stark angefochten.

Frau Ministerialrat Gertrud Bäumer, die der Demokratischen Partei angehört und seit einigen Jahren das Schul- und Jugendwohlfahrtsreferat im Reichsinnenministerium hatte, ist beurlaubt worden.

Ferner wurden beurlaubt: Die Polizeipräsidenten Dr. Drews in Aachen und Wändisch (Dem.) in Recklinghausen, der früher in Berlin den Auftrag hatte, die nationalsozialistische Bewegung zu überwachen und zu bekämpfen; weiter Landrat und Polizeidirektor Kaiser (Soz.) in Hanau, die Landräte Brandes in Waldenburg und Unkel in Oels (Schlesien). Regierungspräsident Happ in Breslau wurde seines Amtes enthoben.

Bei den deutschen Rundfunkgesellschaften ist wieder eine Reihe von vorsorglichen Kündigungen aus sachlichen, nicht politischen Gründen, zur Vermeidung von sonst eintretenden Vertragsverlängerungen ausgesprochen worden. Die Maßnahmen umfassen alle deutschen Rundfunkgesellschaften mit Ausnahme der Bayerischen Rundfunk-G.m.b.H.

Neue französische „Enthüllungen"

Paris, 28. Febr. Das „Echo de Paris" behauptet, Nachrichten aus mehreren „ausländischen Quellen" darüber zu besitzen, daß im Verlauf der letzten 6 Monate Italien über Oesterreich nach Ungarn 195 Tonnen Giftgase gesandt habe. Die letzte Sendung von Giftgasen habe am 17. Dezember, also sechs Tage vor Entsendung der Gewehre und Maschinengewehre nach Hirtenberg, stattgefunden. Alle diese Lieferungen seien durch die Eisenbahn erfolgt. Die Gase seien in zwei chemischen Fabriken von Mailand und einer Fabrik in Savona hergestellt worden. Die Gase seien in ungarischen Fabriken in den Städten Varpalata, Szeged und Szombatelly eingelagert worden. Ueberdies stelle eine Fabrik in Szombatelly, also auf ungarischem Gebiet, Giftgase her. Diese letztgenannte Fabrik befasse sich angeblich mit der Herstellung von Farbstoffen; die 48 von der italienischen Regierung an Ungarn gelieferten Flugzeuge seien auch mit einer Vorrichtung zum Abwurf von Giftgasbomben versehen gewesen. Die 12 zu dieser Lieferung gehörenden Bombenflugzeuge hätte je eine volle Ladung Bomben enthalten.

Das Waffenausfuhrverbot Großbritanniens

London, 28. Febr. „Daily Telegraph" sagt zu dem Waffenausfuhrverbot, es werde nicht beabsichtigt, das Ausfuhrverbot unbegrenzte Zeit in Kraft zu setzen. Wenn andere Regierungen der moralischen Hilfe Großbritanniens nicht folgen, werde die Lage „von neuem geprüft werden. Auch „Times" hebt hervor, daß es sich um eine zeitweilige Maßnahme handle. Einige Minister seien dagegen, daß England allein die Waffenausfuhr verbiete, aber man habe sich der Erwägung nicht verschlossen, daß den anderen Ländern mit einem sofortigen Ausfuhrverbot ein gutes Beispiel gegeben werde. Allerdings bestehe leider wenig Aussicht darauf, daß die Vereinigten Staaten, auf die es in dieser Sache besonders ankomme, einen ähnlichen Schritt tun werden.

•

Die Nachricht, daß Großbritannien keine neue Bestellungen auf Kriegsmaterial für Japan und China mehr annehmen wird, hat in China enttäuscht, da diese Maßnahme als eine Unterstützung Japans betrachtet wird. Die Japaner seien bis zu den Zähnen bewaffnet, während China in bezug auf Rüstungen von der Hand in den Mund lebe und soviel Kriegsmaterial kaufen müsse, als seine Geldmittel jeweils erlaubten.

Japan gegen ein Ausfuhrverbot für Kriegsrohstoffe nach Japan

Tokio, 28. Febr. In Regierungskreisen wird zu dem englischen Waffenausfuhrverbot nicht Stellung genommen, doch ergibt sich aus der Gesamtlage, daß man von diesem Verbot **keine Schädigung der japanischen Interessen** erwartet. Dagegen wird mit Nachdruck festgestellt, daß ein etwaiges Verbot, die zur Munitionsherstellung notwendigen **Rohstoffe** nach Japan auszuführen, **ernste, schwer zu übersehende Folgen** haben werde, da Japan **zum Handeln gezwungen** wäre. Man erklärt ein derartiges Verbot für unwahrscheinlich.

Ueberfälle auf Polizeibeamte und Angehörige der nationalen Verbände geplant

Berlin, 28. Febr. Wie vom Polizeipräsidium mitgeteilt wird, ist der politischen Polizei bekannt geworden, daß die KPD. beabsichtigt, am Tag der Wahl bzw. an den Tagen davor oder nachher planmäßig angelegte Ueberfälle auf Angehörige der nationalen Verbände, insbesondere der SA. und der SS. durchzuführen und hierbei etwaige bewaffnete Angehörige dieser Organisationen rücksichtslos unter Anwendung von Waffengewalt unschädlich zu machen. Die gesamte Aktion soll derart durchgeführt werden, daß die Urheber nach Möglichkeit nicht als Kommunisten erkannt werden. Auf Streifengängen befindliche Polizeibeamte sollen durch vorgehaltene Pistolen zur Abgabe der Waffen gezwungen werden. Polizeilicherseits sind die nötigen Gegenmaßnahmen getroffen worden.

Landwirtschaftliche Woche 1933

Stuttgart, 27. Febr. Zum Vortragstag der Württ. Landwirtschaftskammer war der neue Staatssekretär im Reichsernährungsministerium v. Rohr erschienen. Der große Saal des Gustav-Siegle-Hauses war überfüllt. Aus allen Teilen des Landes waren die schwäbischen Bauern herbeigekommen, um den Staatssekretär zu hören. Einleitend teilte Präsident Dietlen mit, daß der Landesausschuß die **Stiftung einer goldenen und einer silbernen Ehrennadel** für verdiente Mitglieder beschlossen habe. Nach dem Beschluß des Gesamtvorstands wurde die goldene Nadel erstmals den Herren Oekonomierat Vogt-Gochsen, Oekonomierat Zeiner-Neuhaus bei Mergentheim und Gutsbesitzer Adorno-Kaltenberg bei Tettnang verliehen.

Dann ergriff Staatssekretär v. Rohr das Wort. Mit stärkstem Beifall begrüßt, führte er aus:

So viele wertvolle Männer aus der Landwirtschaft sind nutzlos verbraucht worden, nicht wegen eigener Unfähigkeit, sondern im Verfolg der **wirtschaftspolitischen Irrtümer der Vergangenheit.** Man kann z. B. nicht von einer landwirtschaftlichen Ueberproduktion in Deutschland sprechen. Vielmehr leiden wir unter **krankhafter Fehlproduktion und ungesundem Fehlkonsum.** Hier setzt die neue Regierung ein: **Die heutigen Verhältnisse zwingen uns zu einer Agrarpolitik,** die die Landwirtschaft als einheitliches Ganzes betrachtet. **Als Grundlage gilt, daß alles, was der deutsche Acker trägt, einen Preis erhalten muß, zu dem der Bauer diese Arbeit liefern kann.**

Für die **Preisgestaltung der Veredlungsindustrie** gilt dabei, daß diejenige Ware, die entsprechend höhere Herstellungskosten hat, auch entsprechend höher bezahlt werden muß. Der **Schutz der Veredlungserzeugung** ist **deshalb unerläßlich.** Vor allen Dingen müssen die bisherigen **Lücken des Zollschutzes geschlossen** werden. In diese Linie gehört der notverordnete **Verwendungszwang für deutschen Käse.** Da bei den milchwirtschaftenden Erzeugnissen das **Buttereinfuhrkontingent,** das bis in den Oktober 1933 Gültigkeit hat, im Weg steht, wird die Regierung versuchen, **auf anderem Weg** einen Ausgleich zu schaffen.

Die seitherige **riesige Fetteinfuhr** aus den Vereinigten Staaten kann dann erübrigt werden, wenn nach der Einführung der Schmalzzölle die Landwirtschaft daran geht, **weniger und fettere Schweine** zu erzeugen. Das bedeutet bei gleichen Futterkosten eine größere Fettmasse für den deutschen Verbrauch und entsprechend höhere Einnahmen.

Mit dem **Vorschlag der Industrie,** eine **Senkung der Produktionskosten** in der Landwirtschaft zu erstreben, **ist nichts geholfen.** Auch wenn es gelänge, die Schulden- und Zinsenlast von 1,2 Milliarden RM. jährlich um die Hälfte zu senken, so stünde diesen 600 Millionen RM. Entlastung immer noch ein **Gesamteinnahmenverlust von 3,4 Milliarden RM.** im letzten Jahr gegenüber. Eine **weitere Senkung der Landarbeiterlöhne ist unmöglich,** ebenso eine Senkung der Löhne innerhalb der Industrie, die eine Herabsetzung der Preise für die Bedarfsartikel zur Folge haben würde. Der Redner teilte im Verlauf seiner Ausführungen mit, daß der Vorschlag, dem Bauern für die zusätzliche Einstellung von Arbeitskräften einen Zuschlag in Höhe der Aufwendungen für einen Arbeitslosen oder Wohlfahrtsfürsorge-Empfänger zu gewähren, den die Regierung verwirklichen wird, von Präsident Kälin vom Landesarbeitsamt Stuttgart ausgegangen ist.

Die seitherige Ausplünderung der deutschen Landwirtschaft hat der städtischen Bevölkerung nichts genützt, dagegen ungeheuer geschadet. Es ist ein vollkommener **Trugschluß der bisherigen Ausfuhrpolitik** gewesen, anzunehmen, daß 1 Milliarde Ausfuhr mehr Arbeit und mehr Wert in sich trage als 1 Milliarde Lebensmittel eigener Erzeugung, denn **trotz der gewaltigen Ausfuhr hat die Arbeitslosigkeit zugenommen.** Diese Zusammenhänge hat das Ausland **vor uns** erkannt. Die Folge war, daß wir inzwischen einen **Großteil unserer Ausfuhr verloren** haben.

Geradezu **unverantwortlich** ist es, wenn führende Stellen ihre Politik auf die Erwartung aufbauten, daß das Ausland „sich eines Tages besinnen" werde. Ueber eine solche Einbildung hat man auf dem ganzen Erdenrund allenthalben gelacht. Die deutsche Aufgabe ist heute, der Industrie für die verlorenen Auslandsmärkte einen **besseren Absatz auf dem Innenmarkt** zu sichern. Die beste Arbeitsbeschaffung ist die von der Landwirtschaft her, da durch sie tatsächlich ein Mehr an Arbeit und Kaufkraft erreicht wird. **Die Forderung nach billigen Weltmarktpreisen ist eine Torheit,** da der Weltmarktpreis heute meist **Dumpingpreis** ist. **Polnische, chinesische, australische Preise sind nur möglich bei polnischer und chinesischer Kultur oder australischer Inflation. Wenn man diese Preise will, muß man auch die Voraussetzungen dieser Preise in Kauf nehmen. Das Verlangen nach dem Weltmarktpreis hat die deutsche Arbeiterschaft brotlos gemacht.** Bei dem Kampf um eine gerechte Preisgestaltung für die Landwirtschaft ist es für die Regierung eine Selbstverständlichkeit, daß die 12 bis 15 Millionen Menschen in Deutschland, die tatsächlich Not leiden, **keine weitere Belastung ihrer Lebenshaltung** erfahren dürfen.

Der Plan, die Kaufkraft des deutschen Volks von der Auslandsware in die eigene deutsche Wirtschaft hineinzulenken, trägt auch eine Besserung für die städtische Bevölkerung in sich. Ein solcher Weg ist allerdings nur von einer ganz scharfen **national-revolutionären Einstellung** aus gangbar. Heute steht jeder vor der Entscheidung: **internationale Verbrüderung oder unabhängiger Nationalstaat, unabhängige deutsche Wirtschaft.** (Stürmischer Beifall.)

Generalsekretär Hummel führte anschließend aus, daß der Landw. Hauptverband seinen Kampf für die württembergische und hohenzollerische Landwirtschaft jetzt freudiger und zuversichtlicher führen könne. All die Jahre her seien seine Forderungen und die der ganzen süddeutschen Landwirtschaft von den Voraussetzungen ausgegangen, die der Vertreter der Reichsregierung für die Existenz des Bauernstands in seinem heutigen Vortrag anerkannt habe.

Die Universität Tübingen zur gegenwärtigen Lage

Der Große Senat der Universität Tübingen, der sämtliche 73 Ordinarien, 6 Extraordinarien, 2 Privatdozentenvertreter und den Universitätsrat umfaßt, hat am 24. Februar 1933 einstimmig folgende Erklärung beschlossen:

„Mit der akademischen Jugend ist unsere Universität wie das ganze deutsche Volk von der hohen politischen Bedeutung unserer Tage erfüllt. In uns Hochschullehrern ist der heiße Wille lebendig, an der Rettung und dem Aufstieg unseres großen deutschen Vaterlandes mit allen Kräften mitzuarbeiten.

Die Universität muß es ihrem Wesen nach ablehnen, als solche in den parteipolitischen Kampf einzutreten. Sie überläßt es dem einzelnen, nach bestem Wissen und Gewissen als Staatsbürger seine politische Gesinnung zu betätigen.

Die Universität bekennt: Eine Rettung Deutschlands erhoffen wir alle davon, daß der Geist der Wahrheit und Verantwortlichkeit die deutschen Menschen aller Schichten und Stände wieder durchdringe. Diese Verantwortlichkeit muß in einem an Leib und Seele gesunden Volk voll Willensstärke und getragen von nationalem Selbstbewußtsein ihren Grund, in einem zuchtvoll geleiteten, machtvollen Staat ihren Ausdruck finden. Nationale Freiheit, Würde und Ehre sollen die entscheidenden Werte des öffentlichen Lebens sein und so alle Kräfte des Volks sich wieder einen, um eine deutsche Zukunft zu bereiten, die würdig ist, sich an die großen Zeiten der Vergangenheit anzuschließen, in denen die Verantwortung vor Gott und der Nation Deutschlands Schicksal bestimmte."

Württemberg

Maßnahmen gegen die Kommunisten

Stuttgart, 28. Febr. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, sind wegen Beschimpfung und böswilliger Verächtlichmachung eines leitenden Staatsbeamten bzw. des Herrn Reichspräsidenten der „Rote Schmied" in Gmünd und die „Rote Einheit" in Tuttlingen vom württemb. Innenministerium auf zwei bzw. vier Monate verboten worden.

Der sozialdemokratischen „Donauwacht" in Ulm wurde eine Verwarnung erteilt.

Stuttgart, 28. Febr. Verbot kommunistischer Umzüge. Vom Polizeipräsidium wird mitgeteilt: Verschiedene Zwischenfälle bei kommunistischen Umzügen, insbesondere Beleidigungen von Mitgliedern der Reichs- oder Landesregierungen, haben das Polizeipräsidium dazu veranlaßt, die KPD. und ihre Hilfsorganisationen ernstlich zu verwarnen. Da trotzdem diese Ausschreitungen nicht abgestellt wurden, hat das Polizeipräsidium alle Umzüge der KPD. und ihre Hilfsorganisationen für die nächsten Tage verboten.

Stuttgart, 28. Februar.

Einnahmen und Ausgaben des Landes Württemberg. Nach dem Ausweis über die Einnahmen und Ausgaben des Landes Württemberg hat bis Ende Januar im ordentlichen Haushalt die Mehrausgabe 13 727 000 RM., im außerordentlichen Haushalt die Mehreinnahme 2 600 000 RM. betragen.

Eingabe der württ. Volksschullehrer. Der Württ. Lehrerverein und der Kath. Lehrerverein haben an das Württ. Kultministerium eine Eingabe gerichtet, in der gebeten wird, überall da, wo überfüllte Klassen vorhanden sind und die nötigen Schulräume und Dienstwohnungen bereitstehen, zu Beginn des neuen Schuljahrs neue Stellen zu errichten und im Staatshaushalt 1933/34 die nötigen Neustellen anzufordern. Ferner wird gewünscht, daß die Bestimmungen der Art. 14 über den Abteilungsunterricht in vollem Umfang wieder durchgeführt und die Berechnung des Anteils der Gemeinde bei Plan- und Außerplanstellen an der Volksschule, und zwar für wissenschaftliche Lehrstellen wie für die von Hausarbeit und Hauswirtschaft, zu einem einheitlichen Durchschnittssatz (Stichmann) eingeführt wird.

Ausgabe von Jagdkarten. Ein Erlaß des Wirtschaftsministeriums weist darauf hin, daß nach Art. 9 Ziff. 3 des Jagdgesetzes die Ausstellung einer Jagdkarte u. a. auch dann verweigert werden kann, wenn der Antragsteller mit der Zahlung der öffentlichen Abgaben nach erfolgter Mahnung über ein Jahr im Rückstand geblieben ist. Um die zur Ausstellung der Jagdkarten zuständigen Stellen in die Lage zu versetzen, von dieser Möglichkeit den nach Lage des Falls gebotenen Gebrauch zu machen, sind die Gemeindebehörden angewiesen worden, bei der Erteilung der Zeugnisse zur Ausstellung von Jagdkarten hierüber die notwendigen Angaben zu machen.

Stuttgart, 28. Febr. Haussuchung bei der KPD. Als Folge der Berliner Vorkommnisse wurde im Parteibüro der kommunistischen Partei in Stuttgart am Dienstag nachmittag eine polizeiliche Hausdurchsuchung vorgenommen, bei der das vorgefundene Material, soweit es den Verdacht hochverräterischen oder gesetzwidrigen Inhalts erweckte, beschlagnahmt wurde.

85. Geburtstag. Oberstudienrat Dr. Egelhaaf vollendet am 1. März das 85. Lebensjahr.

Neue amtliche Karten. Als Ersatz für den amtlichen topographischen Atlas von Württemberg 1:50 000 wird eine neue amtliche Karte 1:50 000 herausgegeben.

Zwei Selbstmorde. In einem Haus der Hackstraße vergiftete sich in der Nacht zum 27. Februar ein 28 J. a. Dienstmädchen mit Gas. — Im Feuerbachertal wurde ein schon seit 16. Februar vermißter, 40 Jahre alter Postschaffner im Waldteil Ziegelwiesenrain erhängt aufgefunden. Es liegt Selbstmord vor.

Aus dem Lande

Ludwigsburg, 28. Febr. Wechsel in der Leitung der Oberamtssparkasse. Der seitherige Leiter der Oberamtssparkasse Ludwigsburg, Direktor Zoller, ist auf seinen Wunsch auf 1. April d. J. in den bleibenden Ruhestand versetzt worden. Als Nachfolger von Direktor Zoller wurde einstimmig der zweite Beamte der Oberamtssparkasse, Oberrechnungsrat Kley, gewählt. Die Stelle des zweiten Beamten der Oberamtssparkasse wurde dem Leiter der Zweigstelle Kornwestheim, Rechnungsrat Krack, übertragen.

Heilbronn, 28. Februar. Die demokratische Beschwerde beim Reichspräsidenten. Geheimrat Dr. Bruckmann, der als Landesvorsitzender der Deutschen Demokratischen Partei wegen der nationalsozialistischen Störungen von Versammlungen des Wirtschaftsministers Dr. Maier ein Telegramm an den Reichspräsidenten gesandt hatte, bekam vom Staatssekretär Meißner die Antwort, daß der Reichspräsident das Telegramm dem Reichsminister des Innern zur Prüfung zugeleitet hat.

Böblingen, 28. Febr. Schwäb. Bund zum Schutz kinderreicher Familien. Vergangenen Sonntag tagte hier der Bundesausschuß des „Schwäb. Bunds zum Schutz kinderreicher Familien". Den Berichten ist zu entnehmen, daß die Lage der Kinderreichen immer trostloser wird, teilweise gerade an Verzweiflung grenzt. Seit einem halben Jahr konnte ein Dutzend neuer Ortsgruppen gegründet werden; weitere Gründungen stehen bevor. Die diesjährige Bundesversammlung findet am 12. und 13. August in Böblingen statt.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Feilbach, 28. Febr. Politischer Zusammenstoß. Bei einer Kundgebung des Reichsbanners am Samstag kam es an verschiedenen Plätzen zu Reibereien. Zwei Angehörige der SA. wurden von Reichsbannerleuten niedergeschlagen. Nach Schluß der Kundgebung wurde ein Angehöriger des Reichsbanners von mehreren Nationalsozialisten niedergeschlagen und durch fünf Messerstiche erheblich verletzt. Der Täter ist festgestellt.

Heilbronn, 28. Febr. Den eigenen Bruder mit der Axt erschlagen. Das Schwurgericht hat den 20jährigen Schreiner Karl Neubauer von Steinheim a. d. Murr, der am 26. Oktober 1932 seinen Bruder Gottlob im Streit mit der Axt erschlagen hatte, wegen Körperverletzung mit Todesfolge zu 3½ Jahren Gefängnis verurteilt. Sein älterer Bruder, der 25 J. a. Wilhelm Neubauer, erhielt wegen Verbrechensbedrohung 3 Monate Gefängnis.

Gundelsheim, OA. Neckarsulm, 28. Febr. Schwerer Unfall. Bei den Arbeiten an der Staustufe Guttenbach des Neckarkanals stürzte eine vier Meter hohe Mauer um und begrub den Arbeiter Nachbar aus Neckarelz unter sich. Er erlitt schwere Verletzungen.

Oetisheim, OA. Maulbronn, 28. Febr. Einstellung eines Strafverfahrens. Wie der Dürrmenz-Mühlacker-Bote erfährt, ist das gegen den früheren Gemeinderat Fr. Neubold eingeleitete Strafverfahren unter Uebernahme der Kosten auf die Staatskasse eingestellt worden.

Gmünd, 28. Febr. Altar für Berlin. Für die neue Heilig-Geist-Kirche in Berlin-Charlottenburg hat die Gmünder Kunstgewerbliche Werkstätte einen großen Altar hergestellt. Es handelt sich um einen sieben Meter hohen, in Messingblech getriebenen Hochaltar; das fast fünf Meter hohe Mittelstück mit einer Darstellung der göttlichen Dreifaltigkeit wird seitlich rechts und links von lebensgroßen Figuren der vier Evangelisten umgeben.

Aalen, 28. Febr. Tod auf den Schienen. Gestern abend warf sich ein verheirateter Mann in der Nähe des Eisenbahnübergangs in der Gmünder Straße vor einen Güterzug. Er wurde schwer verletzt und ist gestern abend im hiesigen Krankenhaus gestorben. Der Verstorbene war einige Jahre in Amerika und kam vor einem Jahr mit einem schweren Leiden zurück.

Geislingen a. St., 28. Febr. Kohlenfund am weißen Weg. Bei den Probebohrungen für den geplanten Stausee in der Nähe des weißen Wegs ist man in etwa zehn Meter Tiefe auf ein Kohlenvorkommen gestoßen. Nähere Untersuchungen sind eingeleitet.

Wurzach, 28. Febr. Brand. Sonntag früh brannte das Stadelwerk von Bräumeister Schiele auf dem Maxhof mit etwa 800 Zentner Futtervorräten und Stroh sowie fast sämtlichen landwirtschaftlichen Maschinen nieder. Der Schaden ist um so größer, als der Geschädigte seine Versicherungssumme bedeutend zurückgesetzt hat.

Lokales.

Wildbad, 1. März 1933.

Ein neuer Erdstoß wurde hier heute früh 3.15 Uhr wahrgenommen, der von einem mehrere Sekunden dauernden dumpfen Rollen begleitet war und leicht schlafende Menschen aus dem Schlaf weckte. Eine starke Erschütterung der Häuser und klirrender Fensterscheiben wurde von verschiedenen Personen beobachtet.

Vorsicht bei Hausierhandel mit Arzneimitteln. Das verantwortungslose Treiben von Hausierern und Händlern männlichen und weiblichen Geschlechtes mit Arzneimitteln hat in den letzten Jahren einen Umfang angenommen, daß es notwendig ist, die Allgemeinheit davor entschieden zu warnen. Oft erscheinen sie in Schwesterntracht, obwohl sie überhaupt keine Schwestern sind, um so mehr Vertrauen zu ihrer Sache zu erwecken. Die Tees und Pulver, welche diese Schwindler für 10 Mark und mehr verkaufen, haben oft kaum den Wert von 1 Mark. Es ist also ein ganz rentables Geschäft. Abgesehen davon, geht diesen Leuten jedes medizinische Können vollständig ab und von Arzneimitteln und Kräutern verstehen sie nicht die Bohne. Lediglich mit einigen angelernten, großartigen Redensarten und der Bekundung eines persönlichen Interesses suchen sie ihre ahnungslosen Opfer zu übertölpeln. Wenn man sich vor Schaden, sowohl in geldlicher als auch in gesundheitlicher Hinsicht, bewahren will, weise man solchen Leuten die Türe oder bringe sie zur Anzeige, damit man ihnen das Handwerk legen kann.

Die Gesellenprüfung im Malergewerbe konnten mit Erfolg bestehen Robert Fischer bei Malermeister Schill und Emil Riexinger bei Malermeister W. Wacker. Ihr Prüfungszeugnis ehrt Lehrlinge und Meister. Wir gratulieren!

Sendefolge des Stuttgarter Rundfunk-A.-G.

Donnerstag, 2. März:

6.15: Zeitangabe, Wetterbericht, Gymnastik. 7.15: Zeitangabe, Nachrichten, Wetterbericht. 7.30–8.00: Schallplatten. 10.00: Nachrichten. 10.10: Arien und Lieder. 10.40: Eine halbe Stunde Max Reger. 11.55: Wetterbericht. 12.00: Konzert. 13.15: Zeitangabe, Nachrichten, Wetterbericht. 13.30: Schallplatten. 14.30: Spanischer Sprachunterricht. 15.00: Englischer Sprachunterricht für Anfänger. 15.30–16.30: Jugendstunde. 17.00: Konzert. 18.15: Zeitangabe, Wetterbericht, Landwirtschaftsnachrichten. 18.25: Vortrag: Ein Arbeitstag bei der Reichswehr-Infanterie. 18.50: Vortrag: China zwischen zwei Brüdern. 19.15: Zeitangabe, Nachrichten. 19.30: Karl Schoenhaest-Gedenkstunde. 20.00: Aufzeige-Durchsetzung der Reichsregierung: Kundgebung im Sportpalast Berlin: Rede des Herrn Reichskanzlers Hitler. 21.15: Zeitangabe, Nachrichten, Wetterbericht. 21.25: Heidische Flucht. 22.35: Nachrichten. 22.45: Konzert. 23.00 bis 23.30: Aus dem Usa-Palast: Heiliges Leid.

*

Die Leitung der musikalischen Abteilung des Deutschlandsenders ist Max Bonisch übertragen worden. Der bisherige Leiter, Professor Dr. Hans Mersmann, ist zur Zeit beurlaubt und wird auf seinen Posten nicht zurückkehren.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Der Gustav Adolf-Verein, der im vorigen Jahr sein 100jähriges Bestehen in Leipzig gefeiert hat, wird seine diesjährige Tagung im September in Königsberg abhalten.

Parteiaustritt. Der frühere Oberbürgermeister der Stadt Münster in Westfalen, Dr. Sperlich, ist aus der Zentrumspartei ausgetreten.

Familientragödie. In Wittenberg (Prov. Sachsen) wurden der 29jährige Buchdrucker Walter Bergmann, seine Frau und seine beiden Kinder in ihrer Wohnung durch Gas vergiftet tot aufgefunden. Bergmann hat im Einvernehmen mit seiner kranken Frau sich und seine Familie durch Gas vergiftet.

Dänischer Dampfer von chinesischen Seeräubern überfallen — Drei Reisende entführt. Der dänische Dampfer „Diedrichsen" ist etwa zwei Stunden von Hongkong entfernt von chinesischen Seeräubern überfallen worden. Sie hielten die Schiffsoffiziere mit Revolvern in Schach und zwangen sie, den Dampfer nach ihrem Schlupfwinkel in der Bias-Bay zu steuern. Dort raubten sie das Schiff aus und entflohen unter Mitnahme von drei Reisenden 1. Klasse auf chinesisches Gebiet. Der erste Offizier der „Diedrichsen" ist bei dem Ueberfall schwer verletzt worden.

Nochmals Beweisaufnahme im Brolat-Prozeß. In dem Meineidsprozeß gegen den früheren Direktor der BVG. Brolat sollte am Samstag mittag das Urteil verkündet werden. Es soll jedoch nochmals eine kurze Beweisaufnahme vorgenommen werden.

Verurteilung Brolats. Das Urteil gegen den früheren Direktor der Berliner Verkehrs-Gesellschaft, Brolat, wegen Meineids lautete auf 1 Jahr Gefängnis, abzüglich 1 Monat Untersuchungshaft, 2 Jahre Ehrverlust und Tragung der Kosten des Verfahrens. Haftbefehl wurde wegen Fluchtverdachts aufrechterhalten. Nach drei Monaten erfolgt eine neue Haftprüfung.

Die Schulden des zusammengebrochenen Betriebs Uhlmann in Leinzell, OA. Gmünd, belaufen sich auf rund 800 000 ℳ. Der Inhaber, Konsul Julius Uhlmann, der in Stuttgart eine schöne Villa besitzt und trotz der Warnungen seines kaufmännischen Personals bis zuletzt großen persönlichen Aufwand betrieb, soll an dem Zusammenbruch selbst schuld sein. Die Gemeinde Leinzell ist in schwere Bedrängnis geraten. Ein stiller Teilhaber verliert mehrere hundert tausend Mark.

Das 11. Deutsche Sängerbundesfest in Frankfurt a. M. im Sommer v. J. schließt mit einem Ueberschuß von 157 255 Mk. ab.

Schweres Explosionsunglück. In der Gold- und Silberspinnerei und Weberei von G. Hirsch u. Sohn in Nürnberg explodierte bei der Revision eines Dieselmotors eine Sauerstoffflasche. Der Betriebsvorstand und zwei Maschinenschlosser wurden getötet.

Immer gut und billig

2 Pfd. Vollreis	nur	29 ₰
2 „ fein. Tafelreis	„	48 ₰
2 „ Zuckerlinsen	„	33 ₰
2 „ Grieß	„	47 ₰
10 Stück prima Vollheringe	„	55 ₰
1 Ltr.-Dose feinste Bismarckheringe	„	57 ₰
1 Pfd. Allgäuer Limburger	„	34 ₰

Thams & Garfs

In bester Qualität frisch eingetroffen zu billigsten Preisen:

Schellfisch, Seelachs Kabliau, Forellen

bei

Ad. Blumenthal

Telephon 264

N. S. D. A. P.
Ortsgruppe Wildbad.

Donnerstag den 2. März 1933, abends 8 Uhr pünktlich in der Städt. Turn- und Festhalle

Grosse Wahlkundgebung

Es sprechen:

8.00 Uhr: Pg. Waldmann-Stuttgart, M. d. L.
8.30 Uhr:
Uebertragung der großen Hitler-Rede: „Die Weltgefahr des Bolschewismus"
Anschließend: Pg. Stadtrat Dr. Strölin-Stuttgart

Erscheint in Massen!

Unkostenbeitrag 20 Pfg., Erwerbslose gegen Ausweis 10 Pfg.

Frohes, helles Kinderlachen

herrscht da, wo es **KABA** gibt. Kaba schmeckt wie Schokolade, ist leicht verdaulich und stopft nicht. Kaba enthält Nährsalze wie die Muttermilch und läßt Ihre Kinder gedeihen. Machen Sie einen Versuch.

30 und 60 Pfg. das Paket bei:

Feinkosthaus Großmann
Inh.: R. Illmann.

Reichstagswahl.

Die Wahl findet am

Sonntag, den 5. März 1933

von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 6 Uhr (in Sprollenhaus von vorm. 11 Uhr bis nachm. 5 Uhr) statt.

Alles Nähere über Abgrenzung der Stimmbezirke, Lage des Abstimmungsraums usw. ist aus dem Anschlag am Rathaus ersichtlich.

Die zugestellten Wahlpostkarten sind bei der Abstimmung mitzubringen.

Wildbad, den 28. Februar 1933.

Bürgermeisteramt.

Steuerkarten 1932.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer, welche noch Steuerkarten vom Jahre **1932** im Besitze haben, werden aufgefordert, solche samt etwaigen geklebten Steuermarken (Steuermarkenbogen) alsbald an das Finanzamt Neuenbürg einzusenden oder auf dem Rathause Zimmer Nummer 14 abzugeben, nachdem der Arbeitgeber zuvor den auf Seite 2 der Steuerkarte enthaltenen Lohnsteuer-Bescheinigungsvordruck ausgefüllt hat.

Wildbad, den 28. Februar 1933.

Bürgermeisteramt.

Frische Seefische
bedeutend billiger

Kabliau im Anschn.	Pfd.	25 ₰
Seelachs-Filet	„	33 ₰
Kabliau-Filet	„	42 ₰
Stockfisch schneeweiß gewässert	„	25 ₰

Bücklinge, Kieler Sprotten, Lachsheringe
Rollmops, Bismarckheringe 1 Ltr.-Dose 58 ₰
Salz-Heringe, große Fische 3 Stück 20 ₰

Jeder Artikel nur 25 ₰

1 Pfd. Malzkaffee
1 „ Hartgries
1½ „ Erbsen, gelbe halbe
2 „ Bohnen, weiße
1½ „ Linsen
1¼ „ Voll-Reis
1 „ Zwetschgen
3 Doppelstücke Kernseife
1 großer Riegel Kernseife
1 Schachtel Romadour
3 Schachteln Dessert-Käse
1 „ 6teilig. Dessert-Käse
6 Stück Zitronen
6 Stück Knoblauchzwiebeln
3 Pfund Zwiebeln
3 Stück frische Eier
1 Pfd. Blut-Orangen
3 „ Rotkraut
2 Kranz Feigen
3 Stück Rollmops
1 starker Aufnehmer

und 5% Rabatt

Beim Einlösen Ihrer Rabattbücher erhalten Sie außer dem Wert noch

Oster-Gutscheine

LUGER

Schöne 3–5-Zimmer-Wohnung
mit Zubehör
auf 1. April zu vermieten.
Fritz Krauß, Autogeschäft.

Trauersachen
werden einwandfrei und sehr preiswert
schwarz gefärbt
in der Färberei Wüst
Annahme: Korsettgeschäft Wandpflug, König-Karlstr.

Die beste Reklame ist und bleibt das Zeitungs-Inserat

Hier beim Verkehrsbüro des Kurvereins.

Ziehung 14. März
Die beliebte Frühjahrs-
Geld-Lotterie
3333 Geldgewinne Mark
12000
1. Hauptgew. 3000
2. Hauptgew. 1000
10 zu 100.– 1000
Lose 1 M. 13 Lose 12 M.
Porto u. Liste 0 Pfg. mehr
J. Schweickert, Stuttgart
Marktstr. 6 · Postscheckk. 2055
sowie alle Verkaufsstellen

La Paranha Urwald
Mate
die Qualitätsmarke
½ Pfund 0.90
¼ Pfund 0.50
Nur erhältlich
Stadt-Apotheke

In Dorf mit Eisenbahnstation an Strecke Pforzheim—Wildbad, einfache

Wohnung zu mieten gesucht

für Mai. Am liebsten Bauernhäuschen, wo alleiniger Mieter. Zirka vier Zimmer, Küche usw. Miete bis 40 Mark monatlich, kann für ½–1 Jahr vorausgezahlt werden. Offerten unter **P. P. 49** an die Tagblatt-Geschäftsstelle.

Reichsbund
der
Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen
Ortsgruppe Wildbad

Am Mittwoch den 1. März 1933, abends 7 Uhr

General-Versammlung

im Vereinszimmer der Turnhalle.

Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht.
2. Kassenbericht.
3. Neuwahlen.

Zahlreiches Erscheinen ist notwendig.

Der Vorstand.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw